



DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Faktenwissen Ungarn

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Ungarn

Richard Schenk

Nr.: 2023/04

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Die ungarische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik von 1990 bis 2010.....	2
2.1.	Die Nachwendezeit (1990 bis 1998)	2
2.2.	Auf dem Weg zum EU-Beitritt	4
2.3.	Die Wirtschaftskrise ab 2006	5
3.	Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit 2010: „Die arbeitsbasierte Gesellschaft“... 7	
3.1.	Zielsetzungen und Gerechtigkeitsbilder	8
3.2.	Instrumente	10
3.3.	Familienpolitik als Beschäftigungspolitik.....	12
3.4.	Die Beschäftigungspolitik unter den Roma	12
3.5.	Veränderte Herausforderungen ab 2015	13
4.	Die Performanz der ungarischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit 2010....	14
4.1.	Zielerreichungsgrad.....	14
4.2.	Der Vergleich mit den Visegrád-Staaten	16
5.	Bilanz	17
	Abkürzungsverzeichnis	19
	Literaturverzeichnis.....	20

1. Einleitung

Wer heute die aktuellen Schlagzeilen zur Lage des ungarischen Arbeitsmarktes auf sich wirken lässt, stößt auf ein Meinungsbild, das vor einem guten Jahrzehnt noch unvorstellbar gewesen wäre. Während die ungarischen Medien im März 2010 noch über eine Rekordarbeitslosigkeit klagten,¹ berichteten sie im Mai 2023 über einen Arbeitskräftemangel, der Ungarn sogar zum Zielland von Arbeitskräftemigration werden lässt.² Hinter dieser drastisch veränderten Arbeitsmarktsituation verbergen sich zum einen langfristige Phänomene, die auch international zu spüren sind; so stellen beispielsweise der demografische Wandel und der Renteneintritt der Baby-Boomer alle europäischen Arbeitsmärkte auf die Probe. Zum anderen jedoch ist die veränderte Lage Besonderheiten Ungarns und der Arbeitsmarktpolitik der jeweiligen ungarischen Regierung geschuldet.

Die Begriffe Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind definitiv zu unterscheiden. Arbeitsmarktpolitik bezeichnet eine Politik, deren Gegenstand Eingriffe in den Arbeitsmarkt auf der Ebene von bestimmten Personengruppen sind. Beschäftigungspolitik hingegen reguliert auf gesamtwirtschaftlicher Ebene Arbeitskräfteangebot und -nachfrage mittels Finanz-, Geld-, Lohn-, Struktur- und Bildungspolitik. Als Instrumente der Beschäftigungspolitik kommen z. B. eine Deregulierung des Arbeitsmarktes, eine Lockerung des Kündigungsschutzes oder die Senkung der Lohnnebenkosten in Betracht. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind zueinander komplementär und werden in der politischen Entscheidungsfindung auch so gehandhabt. Daher werden im Folgenden beide Begriffe parallel untersucht.

Gegenstand der vorliegenden Analyse ist die Staatstätigkeit in Ungarn auf den Gebieten der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit 1990 mit besonderem Fokus auf die Regierungstätigkeit nach 2010. Das erste Datum ist beinahe selbsterklärend: Der Zusammenbruch der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre in Europa und das postkommunistische Zeitalter stellten die betroffenen Staaten nicht nur vor einzigartige wirtschaftspolitische Herausforderungen, sondern bedeuten den (Wieder-)Beginn einer Wirtschaftspolitik im Rahmen der Marktwirtschaft. Das zweite Datum resultiert aus den erklärenden Faktoren: Die Parlamentswahlen und der anschließende Regierungswechsel im Jahr 2010 stellten ein politisches Erdbeben in Ungarn dar und führten zur fundamentalen

¹ (Rekordszinten a munkanélküliség 2010)

² (Reichenberger 2023)

Verschiebung der politischen Landschaft hin zu einer stabilen bürgerlich-konservativen Regierung.

2. Die ungarische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik von 1990 bis 2010

Ungarns Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist nicht zu verstehen, ohne die Besonderheiten des postkommunistischen Umfeldes zu berücksichtigen.



Abbildung 1: Arbeitslosenrate nach ILO in Ungarn zwischen 1991 und 2021

2.1. Die Nachwendezeit (1990 bis 1998)

Nach dem Zusammenbruch des sowjetisch dominierten Ostblocks optierten die ehemals kommunistischen, nun freien Staaten Ostmitteleuropas für zwei verschiedene Ansätze zur Transformation ihrer Zentralverwaltungswirtschaften in freie Marktökonomien westlicher Prägung. Während z. B. Polen und die Tschechoslowakei sich für eine „Schocktherapie“ entschieden, beschloss Ungarn eine eher graduelle Reform seiner Wirtschaft. Dabei versuchte die ungarische Politik zunächst Entlassungen weitgehend zu verhindern, was jedoch auf Dauer nicht haltbar war. Die bürgerliche Regierung aus MDF, FKgP und KDNP versuchte zwar eine

aktive Beschäftigungspolitik³ zu betreiben, welche jedoch durch Unterfinanzierung zum Scheitern verurteilt war.⁴ Die Regierung maß der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiterhin geringes Gewicht bei, so wurde das Ministerium für Arbeit an den kleinen Koalitionspartner FKgP delegiert. Sie fand auch deswegen nicht statt, weil die Herstellung des ökonomischen und fiskalischen Gleichgewichtes in der Nachwenderezession alles überragte.⁵ Die Unterstützung der Arbeitslosen hingegen wurde aus sozialpolitischen Gesichtspunkten mittels einer recht großzügigen Arbeitslosenhilfe vorangetrieben.⁶ Die erste Regierung nach der Wende fiel in eine Falle: Weder konnte sie eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben, noch die Integration der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben, herrschte doch die Auffassung vor, dass diese ohnehin zum Scheitern verurteilt sei. Der Staat könne lediglich sozialpolitisch tätig werden: Arbeitslose seien zur Wahrung des politischen Friedens zu unterstützen.⁷ Die Erwerbstätigenquote der Altersgruppe 15 bis 74 fiel von 58,2 % im Jahr 1992 auf 52 % 1995.⁸

Während die Aufmerksamkeit auf dem Einbruch der Wirtschaft lag, wurde die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal auch als ein strukturelles Phänomen diskutiert, welches durch die bisherige Politik sogar verschärft würde.⁹ Die folgende Wahl wurde von einer sozialliberalen Koalition aus der postkommunistischen MSZP und dem liberalen SZDSZ gewonnen, welche im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit verfügte und im Folgenden eine marktliberale Agenda verordnete.¹⁰ Das nun zeitgleich beschlossene Austeritätspaket wurde vom Arbeitsministerium mit Instrumenten flankiert, die der sog. aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zuzuordnen sind.¹¹ Durch Änderungen des Rentensystems, durch Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen, durch Kürzungen der Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe und Einführung des Systems der öffentlichen Arbeit sollte der strukturellen Arbeitslosigkeit begegnet werden.¹² Letztlich trug das alles trotz hoher gesellschaftlicher und sozialer Kosten zur Erholung der Wirtschaft und zum Rückgang der Inflation bei, sodass sich auch der

³ „Aktive Arbeitsmarktpolitik versucht mittels Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, Qualifizierung, Mobilitätsförderung und Existenzgründungshilfe die Beschäftigungschancen Arbeitsloser zu verbessern und Anstellungsanreize für Arbeitgeber durch Lohnkosten- und Einstellungszuschüsse zu setzen.“, (Spohr 2021), S. 1.

⁴ (Adam 1995). (Micklewright und Nagy 1996).

⁵ (Váradi, A munkaügy helye és súlya a kormányzat intézményrendszerében 2012), S. 22-25.

⁶ „Passive Arbeitsmarktpolitik beschränkt sich auf die Festlegung von Bezugsbedingungen, Höhe und Dauer von Geld- und Sachleistungen für Arbeitslose.“, (Spohr 2021), S. 1.

⁷ (László 2022), S. 9-11.

⁸ (KSH, 5.1.16. Aktivitási arány korcsoportok szerint, nemenként (1992–) 2023)).

⁹ (Váradi, Döntéshozatali mechanizmusok az országos szintű szakpolitikában 2012)

¹⁰ (Váradi, A munkaügy helye és súlya a kormányzat intézményrendszerében 2012), S. 25.

¹¹ „[Aktivierende Arbeitsmarktpolitik] ... setzt durch Änderungen des Steuer-, Sozialleistungs- und Ausbildungssystems stärkere Anreize, Arbeit zu suchen und aufzunehmen.“, (Spohr 2021), S. 1.

¹² (Neumann und Váradi 2012), S. 37-38.

Arbeitsmarkt stabilisierte.¹³ Allerdings rückte die MSZP, beeinflusst von der (neo-)liberalen SZDSZ, mit dieser Politik von klassisch linken Positionen zugunsten von Ideen ab, die in den 1990-er Jahren in der europäischen Sozialdemokratie als „Dritter Weg“ entwickelt wurden.

2.2. Auf dem Weg zum EU-Beitritt

Die Arbeitslosenquote fiel zwar bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 1998 von 10,8 % auf 8,9 %¹⁴, die Wahl ging für die sozialliberale Koalition jedoch trotzdem verloren. Die Mehrheit erhielt stattdessen eine bürgerliche Koalition aus Fidesz, FKgP und MDF. Ministerpräsident wurde – zum ersten Mal – Viktor Orbán (Fidesz). Bezüglich der Arbeitsmarkts- und Beschäftigungspolitik suchte die bürgerliche Regierung einen Neustart. Zum ersten Mal seit der Wende fand sich ein klares Bekenntnis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze als Ziel. Die bürgerliche Koalition erweiterte zudem das Instrumentarium, denn nun sollten auch Unternehmen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen von Steuererleichterungen profitieren. Die Arbeitsaufnahme sollte durch die Anhebung des Mindestlohns attraktiver gemacht bzw. Schwarzarbeit eingedämmt werden. Insgesamt lässt sich bei der Beschäftigungspolitik eine klare Verschiebung weg von der Sozialpolitik feststellen. Die Erwerbstätigenquote stieg allerdings nur minimal von 51,4 % im Jahr 1998 auf 52,9 % in 2002.¹⁵

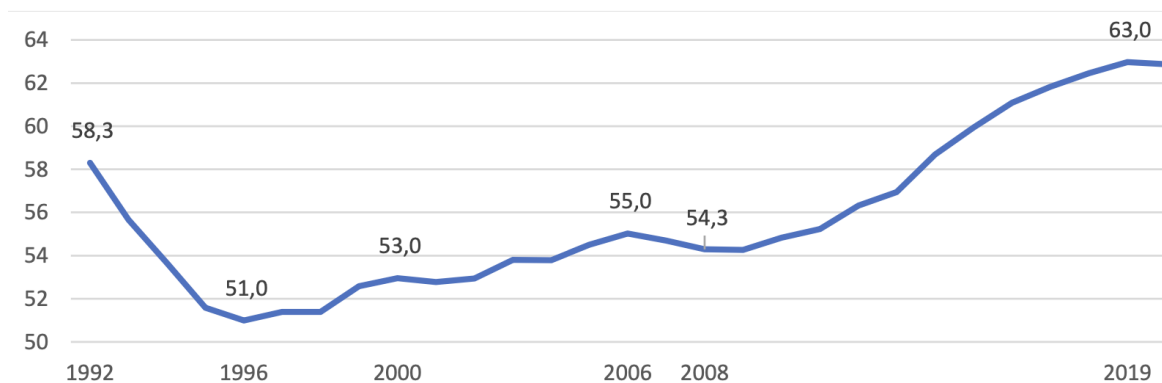


Abbildung 2: Erwerbstätigenquote der Altersgruppe 15 bis 74 in Ungarn, 1992-2019¹⁶

¹³ (László 2022), S. 19-20.

¹⁴ (International Labour Organization 2022).

¹⁵ (KSH, 5.1.16. Aktivitási arány korcsoportok szerint, nemenként (1992–) 2023).

¹⁶ (KSH, 5.1.16. Aktivitási arány korcsoportok szerint, nemenként (1992–) 2023), gesehen in (László 2022), S. 123.

Als die Wahlen 2002 wieder ein unerwartetes Ergebnis brachten, löste eine sozialliberale MSZP-SZDSZ-Koalition die erste Regierung Orbán ab. Jedoch schufen Ministerwechsel und ein Wechsel des Ministerpräsidenten von Péter Medgyessy hin zu Ferenc Gyurcsány im Jahr 2004 ein Machtvakuum. Die fehlende Leitlinie in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik erfolgte genau zu einem Zeitpunkt, als die wirtschaftliche Aufwärtsphase ihre ersten Dämpfer erfuhr und Reformschritte notwendig wurden.¹⁷ Die Medgyessy-Regierung integrierte einseitig die Anliegen von Gewerkschaften in ihr Regierungsprogramm, ohne beschäftigungspolitische Impulse zu setzen. So wurden die Renten erhöht, das Kindergeld und die Gehälter im öffentlichen Dienst angehoben sowie die Einkommensteuer auf den Mindestlohn gesenkt. Mit Ausnahme der letzten Maßnahme setzte diese Politik negative beschäftigungspolitische Anreize und trug zu einer Erhöhung des Haushaltsdefizits bei.¹⁸ Gleichzeitig wurde während des EU-Beitrittsprozesses eine Senkung der Arbeitslosenquote und eine Steigerung der Erwerbsquote vereinbart.¹⁹ Aus Wiederwahlüberlegungen verschob sich die Priorität der Regierung jedoch zurück zu einer expansiven Haushaltspolitik, die vorrangig an sozialpolitischen Gesten interessiert war. So wurden trotz des mittlerweile enormen Haushaltsdefizits von 10,1 % weitere Steuersenkungen für Geringverdiener im Wahlkampf versprochen. Dieses Konstrukt fand nach der Wiederwahl der MSZP-SZDSZ-Koalition unter Ministerpräsident Gyurcsány 2006 schon bald ein jähes Ende: Der Ministerpräsident musste unmittelbar nach der Wahl eine drastische Kurskorrektur hin zur Austerität verkünden,²⁰ die eine Zäsur in der ungarischen Politik markierte.

2.3. Die Wirtschaftskrise ab 2006

Als diese „Lügen-Rede“ von Ministerpräsident Gyurcsány im Herbst 2006 öffentlich wurde und dem politischen System einen nachhaltigen Schock versetzte, traf sie auf eine sich bereits verschlimmernde wirtschaftliche Lage. Die Erwerbstätigenquote fiel von einem Zwischenhoch 2006 (55 %) auf 54,3 % zurück.²¹

¹⁷ (Váradi, A munkaügy helye és súlya a kormányzat intézményrendszerében 2012), S. 27-28.

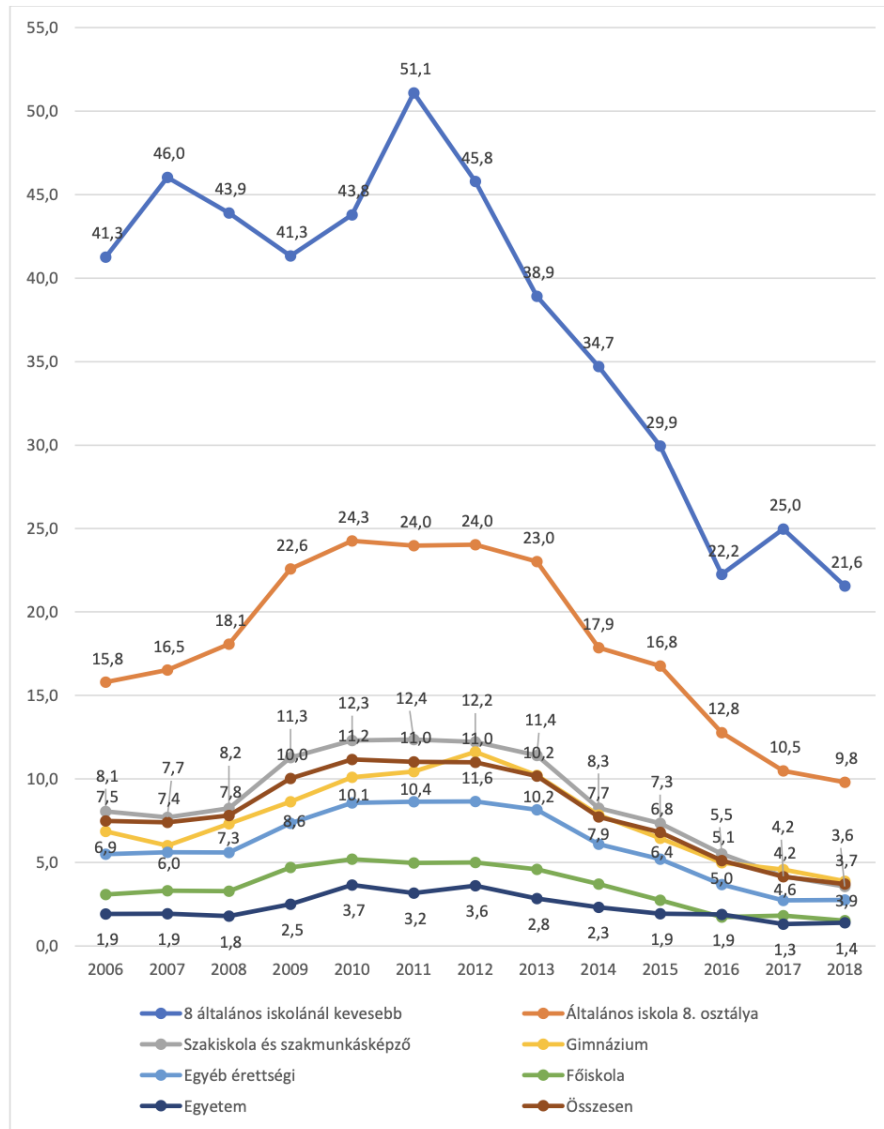
¹⁸ (Ilonszki und Kurtán 2003), S. 973.

¹⁹ Hier taucht hier zum ersten Mal die Formulierung auf, dass innerhalb eines Jahrzehnts eine Million Personen zusätzlich in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Der Rat der EU empfahl Ungarn 2004 ein beschäftigungspolitisches Reformpaket, das u. a. die Senkung der Lohnnebenkosten, die Stärkung der Mobilität der Arbeitnehmer und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beinhaltete und von der Regierung in die nationale Beschäftigungsstrategie übernommen wurde. Der Fokus verschob sich endgültig 2005 auf die Beschäftigungspolitik und die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, als das System der Arbeitslosenhilfe nach dem Vorbild der deutschen Hartz-Reformen zweistufig wurde, s. (Váradi, Döntéshozatali mechanizmusok az országos szintű szakpolitikában 2012), S. 40-45.

²⁰ (Barnes und Randerson 2007), S. 191-192.

²¹ (KSH, 5.1.16. Aktivitási arány korcsoportok szerint, nemenként (1992–) 2023).

86. ábra: Munkanélküliségi ráta a befejezett legmagasabb iskolai végzettség szerint, 2006-2018, [%]
 HUT08/13



Forrás: 2.1.24. Munkanélküliségi ráta befejezett legmagasabb iskolai végzettség szerint, nemenként (2006–) [%] (Az adatfeliratok a magasabb görbétől lefelé: 8 általánosnál kevesebb, Általános iskola 8. osztálya, Szakiskola és szakmunkásképző, Összesen, Gimnázium, Egyetem)

Abbildung 3: Arbeitslosenquoten in Ungarn nach Bildungsabschluss zwischen 2006 und 2018²²

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wurden in der Gyurcsány-Regierung stets verstärkt von anderen Prioritäten überlagert, so bspw. die Inflation vorrangig vor der Arbeitslosigkeit

²² (László 2022), S. 190. (blau: ohne Schulabschluss; orange: acht Pflichtschuljahre; grau: Berufschulabschluss; gelb: Gymnasialabschluss; hellblau: sonstige Hochschulreife; grün: Fachhochschulabschluss; dunkelblau: Universitätsabschluss; braun: insgesamt)

behandelt, um den Euro einführen zu können. Ungarns Haushaltsdefizit brachte den Staat 2006 an den Rand des Bankrotts.²³ Dabei stellte gerade die in den bildungsfernen Schichten immer noch grassierende Arbeitslosigkeit eine gewaltige Belastung der Sozialsysteme dar.²⁴ Unter diesen Bedingungen gelang es dem Kabinett Gyurcsány II nicht, eine kohärente Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu verfolgen.²⁵

Im Februar 2008 musste die Regierung infolge der internationalen Finanzkrise die Euro-Einführung doch aufgeben. Es galt nun primär, einen Staatsbankrott zu verhindern. Angesicht der Krisen einigten sich MSZP und SZDSZ auf die Einsetzung einer Technokraten-Regierung unter Gordon Bajnai kraft eines konstruktiven Misstrauensvotums im April 2009.

Die Regierung Bajnai war beinahe ausschließlich mit Krisenbewältigung beschäftigt. Das sog. Bajnai-Paket umfasste daher auch eine Reduktion der Erziehungszeiten, der Krankengelder, der Energie-Beihilfen und plante eine Reduktion der Steuern und Abgaben auf Arbeit. Auch sollte die Einkommensteuer wesentlich vereinfacht und de facto ab 2011 zu einer Flat Tax werden. Diese Pläne konnten jedoch aufgrund der schwachen politischen Lage der Regierung nicht vollständig umgesetzt werden.²⁶ Der ungarische Arbeitsmarkt erreichte 2010, im Jahr der Parlamentswahlen, seinen Tiefpunkt mit einer Arbeitslosigkeit von 11,17 %.²⁷

3. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit 2010: „Die arbeitsbasierte Gesellschaft“

Mit den Parlamentswahlen im April 2010 veränderte sich die ungarische Politik fundamental. Das bürgerliche Bündnis aus Fidesz und KDNP errang 52,7 % der Listenstimmen sowie 173 von 176 direkten Wahlkreiskandidaten und gewann damit 68 % der Mandate.²⁸ Da dieser bürgerliche Wahlerfolg auch bei den Wahlen 2014, 2018 und 2022 wiederholt wurde, ist die ungarische Staatstätigkeit seitdem von politischer Kontinuität gekennzeichnet. Die Analyse

²³ (Korkut 2010), S. 21.

²⁴ (László 2022), S. 62.

²⁵ Ideologisch verfolgten MSZP und SZDSZ seit 1994 im Grunde genommen eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nach dem Vorbild von Gerhard Schröder oder Tony Blair. Doch kamen viele dieser Reformen zu spät: Die Rivalen Ungarns unter den neuen EU-Ländern hatten schon damit begonnen, die beschäftigungspolitischen Vorgaben der EU umzusetzen, sodass Ungarn zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlor, s. (Neumann und Váradi 2012), S. 41-42. Selbst die deutschen Hartz-Reformen begannen zum Nachteil Ungarns zu wirken. So blieb das nationale Beschäftigungsprogramm von 2007 weitgehend wirkungslos, s. (László 2022), S. 46-47. Auch die Nutzung der EU-Mittel blieb noch suboptimal, da die Strukturen mangelhaft waren, s. Váradi 2012a, S. 86-88.

²⁶ (Neumann und Váradi 2012), S. 42-44.

²⁷ (International Labour Organization 2022).

²⁸ Diese Wahl fand noch nach dem Wahlgesetz aus 1990 statt. Zum ungarischen Grabenwahlrecht siehe: (Bauer 2022).

weicht daher im Folgenden stellenweise von der bisherigen chronologischen Vorgehensweise ab und betrachtet die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik als eine Einheit.

3.1. Zielsetzungen und Gerechtigkeitsbilder

Im Jahr 2010 erreichte die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand seit 1994.²⁹ Das zweite Kabinett unter Ministerpräsident Viktor Orbán erbt eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die in vielen Fällen noch von der Austeritätspolitik ihres Vorgängers überschattet wurde. Die Wirtschaft wuchs zunächst lediglich um ca. 1 % pro Jahr, was das „Herauswachsen“ aus der Arbeitslosigkeit erschwerte. Als erstes musste die Regierung daher die Prioritäten neu ordnen: So fokussierte sich das Kabinett Orbán II klar auf das Wirtschaftswachstum und die Reduktion der Arbeitslosigkeit. Dieser Vorrang resultierte nach Ansicht der bürgerlichen Regierung aus dem Bedürfnis nach Wiedererlangung der nationalen Handlungsfähigkeit.³⁰ Die Regierung schlug im Sommer 2010 einen wirtschaftspolitischen Sonderweg ein, dessen Prämissen klar gegen die damals vorherrschende Austeritätspolitik in Europa gingen.³¹

Den Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik markierte das Neue Széchenyi-Programm³² von 2010, welches öffentlichkeitswirksam innerhalb eines Jahrzehnts eine Million neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsstellen versprach. Als spezifische Herausforderung für die Politik wurde definiert, dass das Wirtschaftswachstum sich auch in einer Erhöhung der Beschäftigungsquote widerspiegeln habe, was bisher in Ungarn nicht gegeben war. Zentraler Mechanismus sei die Erhöhung der Beschäftigung durch Unternehmen: Der Staat habe attraktive Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für diese anzubieten, wie eine möglichst niedrige Abgabenlast. Aber auch direkte Hilfen für Unternehmen, die Arbeitsstellen schaffen, kamen in Betracht. Die Aufnahme von Arbeit sollte für die Arbeitssuchenden möglichst attraktiv im Vergleich zur Inaktivität sein. Der Plan fokussierte sich bewusst auf die Geringqualifizierten sowie auf die Beschäftigung in strukturschwachen Gebieten, da dadurch der höchste Zuwachs an neuer Beschäftigung erreicht werden konnte. Besonders wichtig war hier die Arbeitsmarktintegration der durchschnittlich weitaus weniger gebildeten ungarischen Roma. So wurden für die Beschäftigung

²⁹ (International Labour Organization 2022).

³⁰ Diese Reaktion auf die Finanzkrise ist keineswegs einmalig. Zur Verbindung zwischen der Finanzkrise und dem Erstarken von nationalkonservativen Bewegungen in der westlichen Welt siehe bspw. (Eatwell und Goodwin 2018).

³¹ (Bod 2013).

³² István Széchenyi (1791-1860), der „Größte Ungar“, gilt als bedeutendster Staatsreformer und Modernisierer des Landes.

Geringqualifizierter wichtige Sektoren (z. B. die Baubranche, Landwirtschaft und Gastgewerbe) identifiziert, die besonders in der Lage waren, diese Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hinsichtlich der Qualifikation der Arbeitnehmer wurde die berufliche Bildung als Schwachstelle erkannt. Weitere Arbeitskräftepotenziale wurden bei Teilzeitarbeitenden festgestellt, insbesondere bei Erziehenden. So wurde auch die Familienpolitik mit der Ermöglichung der Rückkehr in den Arbeitsmarkt für Eltern ein Teil der Beschäftigungspolitik.³³

An dieser Stelle ist auch auf das Gerechtigkeitsbild dieser Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einzugehen. Als wesentliche Konzepte sind hier Leistungsgerechtigkeit und das Bedarfs- bzw. das Fürsorgeprinzip zu unterscheiden. Leistungsgerechtigkeit teilt aufgrund erbrachter Leistungen öffentliche Güter und Dienstleistungen zu. Dagegen ermöglicht das Bedarfs- oder Fürsorgeprinzip auch Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen allein aufgrund einer (politisch definierten) Bedürftigkeit.

Der klare Fokus der ungarischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit 2010 liegt auf dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit. „Unser Programm ist: Statt einem Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung, der nicht wettbewerbsfähig ist, schaffen wir eine arbeitsbasierte Gesellschaft“, so Viktor Orbán auf der Pressekonferenz beim EVP-Kongress 2012,³⁴ mit anderen Worten: „We have done our homework building up a workfare society.“³⁵ Der Begriff des *workfare* ist besonders stark mit dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit konnotiert. *Workfare* im weiten Sinne bezeichnet nämlich Vorstellungen, dass Arbeit Vorrang vor der Gewährung von Sozialleistungen habe. Ministerpräsident Orbán verortete die ungarische Politik bewusst nicht im *welfare* („Wohlfahrtsstaat“). Die Abkehr vom Fürsorge- und Teilhabepinzip hin zum Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit wurde aber auch schon vor 2010 von der ungarischen Politik rezipiert, so insbesondere nach 2007. Der Unterschied sei hierbei lediglich die Intensität der Abkehr.³⁶

³³ (László 2022), S. 72-75.

³⁴ (Fidesz 2012).

³⁵ (Orbán 2012).

³⁶ (Lakner und Tausz 2016), S. 345-347.

3.2. Instrumente

Die im Neuen Széchenyi-Programm von 2010 dargestellten Ziele der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wurden im Széll Kálmán- bzw. Ungarischen Arbeitsprogramm von 2011 nochmals präzisiert.³⁷

Als erstes Ziel wurde eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes definiert. Hierzu sollte ein neues Arbeitsgesetzbuch erlassen werden, welches 2012 in Kraft trat. Das neue Arbeitsgesetzbuch versucht weniger das individuelle Beschäftigungsverhältnis zu schützen, als den hohen Beschäftigungsgrad in der Gesamtbevölkerung sicherzustellen. Unter dieser Zielsetzung wurden die Tarifbindung der einzelnen Arbeitsverhältnisse gelockert, die Arbeitszeiten flexibilisiert und atypische Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht. Diese Maßnahmen wurden mit dem Schlagwort *flexicurity* für Arbeitnehmer versehen. Neben dem Arbeitsgesetzbuch sollte die Arbeitslosenunterstützung neu justiert werden, damit diese den Wechsel in ein Beschäftigungsverhältnis belohnt. Arbeitssuchende sollten durch Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie etwa durch staatliche Vermittlungsangebote unterstützt werden. Lebenslange Fortbildungsmöglichkeiten sollten Berufswechsel erleichtern.

Als zweites Ziel sollte die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Arbeitnehmer angestrebt werden. Der Staat fokussierte sich hierbei insbesondere auf Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose: Diese sollten durch einen Ausbau der beruflichen und der Erwachsenenbildung verstärkt Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Kerngedanke dieser Prioritätensetzung war, dass es stellenweise eine Überakademisierung des Bildungssystems gab: Schulen und Hochschulen bildeten Absolventen am Bedarf vorbei aus, wogegen es in vielen Teilen der Wirtschaft Fachkräfteengpässe gab.

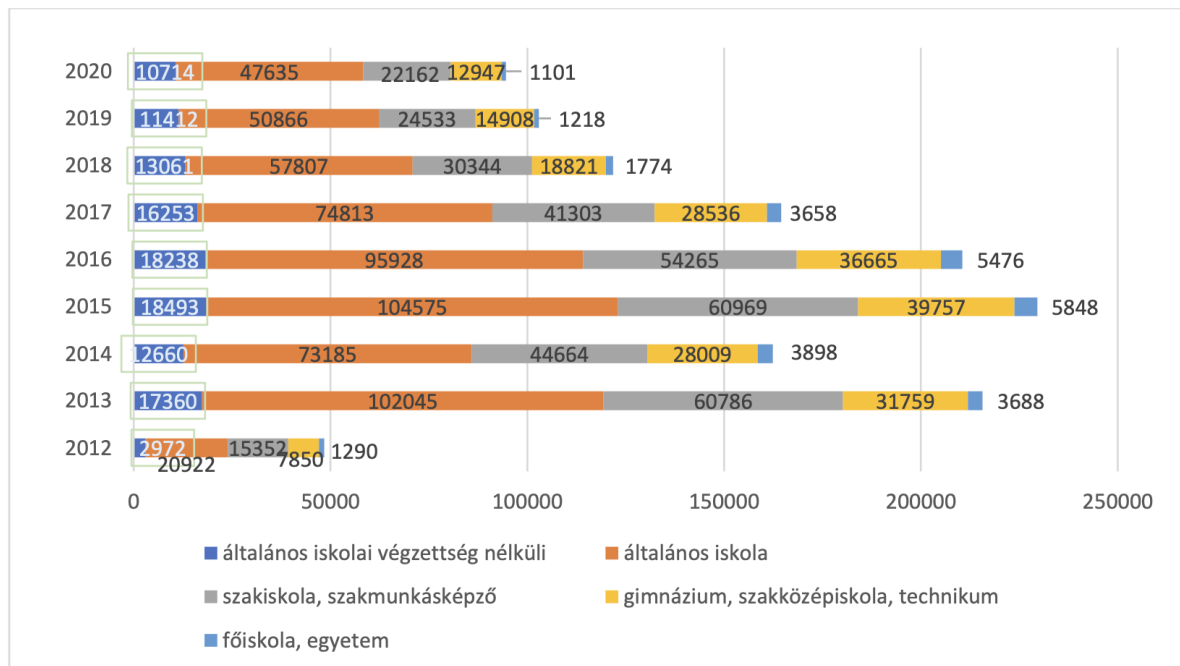
Als drittes Ziel galt es, die Schaffung von Arbeitsplätzen in Unternehmen attraktiv zu gestalten. Legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sollte sowohl für die Unternehmen als auch die Beschäftigten attraktiver als Schwarzarbeit oder Arbeitslosigkeit sein. Hierbei wurde ein Fokus auf kleine und mittlere Betriebe sowie auf den ländlichen Raum gelegt. Insbesondere EU-Mittel wurden verstärkt in die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen investiert.

Als viertes Ziel folgt die vielleicht kontroverseste Maßnahme: die geförderte Beschäftigung der Bedürftigen sollte so weit wie möglich an die Stelle von Transferleistungen treten. Wer trotz der vorher genannten Maßnahmen immer noch keine Arbeit in privaten Unternehmen fand,

³⁷ (Széll Kálmán Terv Magyar Munka Terv 2011).

sollte vom Staat eine geförderte Stelle erhalten. Dieses Ziel sollte durch drei Säulen verwirklicht werden. Die erste Säule sind Lohnsubventionen für die Beschäftigung dieser Personenkreise in privaten Betrieben – ermöglicht durch ein Aufstocken der Arbeitslosenhilfe durch legale Beschäftigung. Die zweite Säule umfasst die öffentlich geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, welche die breite Beschäftigung dieser Personenkreise ermöglichen sollen. Die dritte, vielleicht kontroverseste, Säule ist die direkte öffentliche Beschäftigung, welche denjenigen offensteht, die immer noch keine Beschäftigung erhalten haben. Bei der öffentlichen Beschäftigung hat man ein Anrecht auf Beschäftigung beim Staat, zu einem leicht geringeren Lohn als dem Mindestlohn. Man tritt in ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis ein und kann zur Verrichtung von gemeinnützigen Arbeiten beim Staat, den Kommunen und öffentlichen Betrieben herangezogen werden. Die Finanzierung dieser öffentlichen Beschäftigung erfolgt vor allem mittels der Kürzung der Arbeitslosenhilfen.³⁸

67. ábra: A közfoglalkoztatásban résztvevők iskolai végzettség szerinti megoszlása, adott év decemberi létszám (fő) HUT16/5



Megjegyzés: a 2012. évnél a 2013 januári adatok szerepelnek

Abbildung 4: Personen in öffentlicher Beschäftigung nach Bildungsabschluss, 2012-2020³⁹

³⁸ (Lakner und Tausz 2016), S. 340-342.

³⁹ (László 2022), S. 180. (dunkelblau: ohne Schulabschluss; orange: acht Pflichtschuljahre; grau: beruflicher Abschluss; gelb: Abitur u.ä.; hellblau: Hochschulabschluss)

3.3. Familienpolitik als Beschäftigungspolitik

Einen Meilenstein bei der Wiedereingliederung von Müttern in die Arbeit stellte die Einführung des „GYED extra“⁴⁰ ab 2014 dar, welches die ungarische Version des Elterngeldes darstellt. Das „GYED extra“ orientiert sich an 70 Prozent des letzten Nettogehalts, ist aber nach oben hin gedeckelt. Anspruchsberechtigt sind Mütter, deren Kind zwischen sechs Monaten und bis zu drei Jahren alt ist. Beschäftigungspolitisch setzt das Instrument insofern einen Anreiz, als die Arbeitsaufnahme bei Bezug des „GYED extra“ ohne Einschränkungen möglich ist. Auch Mütter, die direkt nach Abschluss ihres Studiums in die Erziehungszeit wechseln, sind anspruchsberechtigt. Gleichzeitig erhielten Arbeitgeber für diesen Zeitraum Erleichterungen bei der Zahlung der Sozialabgaben für Mütter, so dass deren Anstellung noch attraktiver wurde.⁴¹

3.4. Die Beschäftigungspolitik unter den Roma

Eine besondere Herausforderung stellten Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung unter den ungarischen Roma dar. Ursachen ihrer Probleme bildeten das niedrige Qualifikationsniveau, die Strukturschwäche ihrer Siedlungsschwerpunkte sowie die Familienstrukturen, welche die Beschäftigung insbesondere der Frauen verhinderten. Eine gewisse Soforthilfe verschaffte die öffentliche Beschäftigung, allerdings legte die Regierung eine Vielzahl von Programmen auf, die gezielt den Übergang der Roma in den regulären Arbeitsmarkt erleichtern sollten. Auch mit Hilfe von EU-Mitteln wurden Initiativen wie das HRom, das Integrom und das *Kiút*-Programm (Ausweg) geschaffen. Als besonders erfolgreich erwiesen sich Programme, die Qualifikation nebst einer Beschäftigung vermitteln konnten, ähnlich der dualen Ausbildung.⁴² Die zunehmende Integrierung der Roma in den Arbeitsmarkt stellte auch eine Reserve für Arbeitskräfte dar, die die Beschäftigungsquote ankurbelte. Noch nach dem Systemwechsel von 1989 waren die Roma von einer drastisch überproportionalen Arbeitslosigkeit von 60-70 % betroffen gewesen. Diese Arbeitslosenquote konnte seither um die Hälfte auf etwa ein Drittel reduziert werden. Nimmt man die besonderen Familienstrukturen der Roma in Bezug auf Frauenarbeit in Betracht und rechnet diese hinaus, zeigt der Trend ein noch deutlich positiveres Bild, welches stetig gegen 90-100 % läuft.

⁴⁰ „Gyermekgondozási díj“ [Erziehungsgeld].

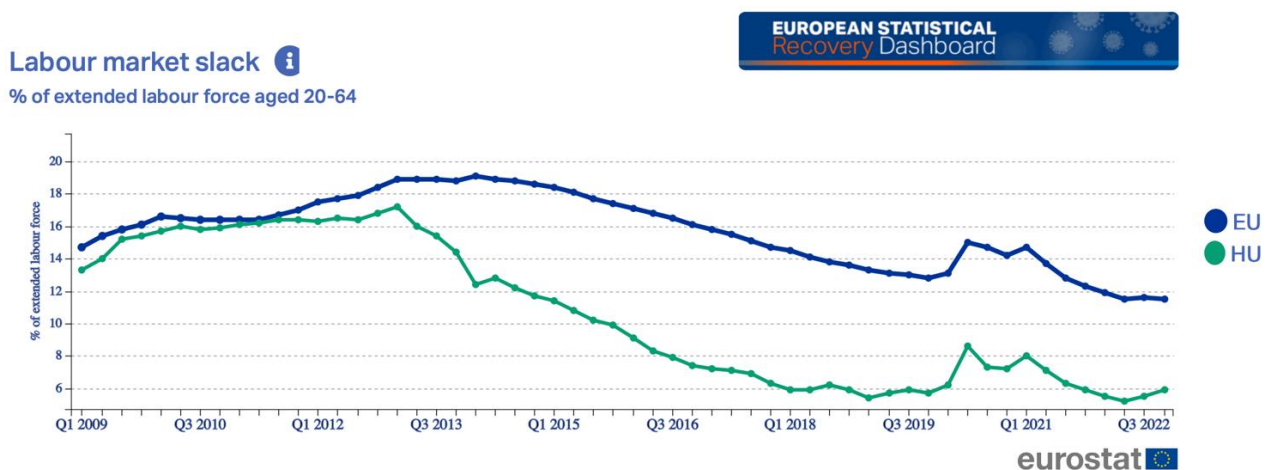
⁴¹ (Hungler und Kende 2019), S. 14-16.

⁴² (Ungarische Nationalversammlung (Országgyűlés) 2023).

3.5. Veränderte Herausforderungen ab 2015

Wie bereits in Abbildung 1 gezeigt, fiel die Arbeitslosenquote in Ungarn nach 2010 signifikant von 11,17 % auf nur noch 3,42 % im Jahr 2019. Gleichzeitig konnte in Zusammenhang damit sowie der Einführung der Flat Tax und Abschaffung der Freibeträge laut Angaben des Ministeriums für Finanzen die Zahl der Steuerzahler von 1,8 Millionen (2010) auf über 4,7 Millionen Erwerbstätige erhöht werden. Damit änderte sich auch die Zielsetzung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den Folgejahren: Das neue Problem war nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Fachkräftemangel.⁴³ Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit war nur eine Seite der Medaille: Auch die Lohnstruktur begann sich zu ändern. Die (inflationsbereinigten) Reallöhne, die pro Einwohner im Zeitraum zwischen 2003 bis 2012 sogar leicht gesunken waren (1990 = 100 %; 2003: 123,5 %, 2012: 121,1 %), stiegen von 2013 bis 2021 um 63,5 % (2013: 124,9 %, 2021: 204,1 %).⁴⁴ Damit gehörte Ungarn in der Europäischen Union zu den Ländern mit den höchsten Reallohnzuwächsen – nur übertroffen von Bulgarien, Rumänien, Polen, Lettland und Estland.⁴⁵

Damit verschob sich das Ziel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik weg von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hin zur Erhöhung der Arbeitskräfteproduktivität und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit.⁴⁶



⁴³ (International Labour Organization 2022).

⁴⁴ (KSH, 21.1.1.35. Real income – real wage index 2023).

⁴⁵ (Zinke 2020).

⁴⁶ (László 2022), S. 87-91.

Dennoch bestanden weitere Herausforderungen für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: Trotz der Erfolge nahmen signifikante Bevölkerungsgruppen noch nicht ausreichend am Erwerbsleben teil. Das Konvergenzprogramm von 2019 stellt die Aktivierung von Jugendlichen, Erziehenden und älteren Arbeitnehmern als wichtige Aufgabe fest. Zusammen mit der ungarischen Familienpolitik sollte insbesondere die Rückkehr von Eltern in das Erwerbsleben ermöglicht und langfristig durch eine demografische Wende die Zahl der Erwerbstätigen erhöht werden.⁴⁸ Als wichtige Arbeitskraftreservoirs angesichts des Fachkräftemangels werden neben der Förderung der Roma-Bevölkerung die Aktivierung des ungarischsprachigen Arbeitskräftepotentials im benachbarten Ausland (Auslandsungarn) betrachtet. Weiterhin hat sich der Trend der steten Abwanderung ungarischer Bürger gen Westen in den letzten Jahren umgekehrt, sodass seit 2016 zum siebten Jahr in Folge mehr Menschen nach Ungarn zurückgekehrt als ausgewandert sind. So sind im Jahr 2022 insgesamt 35.950 ungarische Staatsbürger nach Ungarn eingewandert, aber nur 26.500 haben das Land verlassen. Zusammengenommen sind 91.500 Ungarn und Ausländer zu- und 56.050 abgewandert. Dies zeigt, dass auch kontrollierte Fachkräfteeinwanderung als weiteres Reservoir für den Arbeitsmarkt verstanden wird, insbesondere aus Ländern wie Serbien oder der Ukraine, aber auch über Abkommen mit Ländern wie bspw. China oder den Philippinen. Nicht zu vergessen ist schließlich die Zuwanderung von Studenten außerhalb der EU, die von der ungarischen Regierung unterstützt wird. Im Rahmen des Stipendium Hungaricum-Programms kommen jährlich etwa 5.000 Studenten von außerhalb der Europäischen Union nach Ungarn.

4. Die Performanz der ungarischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit 2010

4.1. Zielerreichungsgrad

Die ungarische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sollte man anhand ihrer eigenen Ziele messen. Nimmt man das Neue Széchenyi-Programm von 2011 und das MMT von 2011 zur Grundlage, lassen sich folgende Indikatoren feststellen:

⁴⁷ (Eurostat, Labour market slack by sex and age - quarterly data 2023).

⁴⁸ (Magyarország Kormánya 2019), S. 24-30.

1. Die Schaffung von einer Million neuen Arbeitsplätzen in zehn Jahren. Laut den Daten des KSH waren im Jahr 2011 3,759 Millionen Personen in Voll- oder Teilzeit beschäftigt, im Jahr 2021 waren es 4,635 Millionen.⁴⁹ Dies sind zwar lediglich 0,876 Millionen neue Stellen und somit 12,5 % weniger als das Ziel von einer Million, dennoch muss man festhalten, dass die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb von 10 Jahren um 23 % erhöht wurde, was ein durchaus vorzeigbares Ergebnis darstellt.
2. Konvergenz zum europäischen Arbeitsmarkt. Die Konvergenz zum Arbeitsmarkt der Europäischen Union wurde zwar wiederholt als Ziel erwähnt, aber weniger klar anhand von Indikatoren definiert. Hier wird als Ziel die Konvergenz zum Durchschnitt gemessen, da dieses für die ungarischen Regierungsparteien aus innenpolitischen Motiven heraus wichtig ist, nicht weil der Vergleich der sehr unterschiedlichen Ökonomien an sich fruchtbar erscheint. Wenn man drei der von den Konvergenzprogrammen der Regierung erwähnten Indikatoren⁵⁰ nimmt, ergibt sich folgende Tabelle:

<i>Indikator</i>	EU-27(2020) 2012⁵¹	Ungarn 2012	EU-27(2020) 2022	Ungarn 2022
Arbeitslosenquote⁵²	10,1%	10,7%	6,2% (-39%)	3,6% (-66%)
Beschäftigungsquote⁵³	67,0%	63,1%	74,8% (+12%)	80,4% (+27%)
Niveau der Löhne und Gehälter in € pro Stunde⁵⁴	24,4	7,4	30,5 (+25%)	9,1 (+23%)
Gesamtperformanz⁵⁵			25%	39%

⁴⁹ (KSH, 20.1.1.11. Foglalkoztatottak száma rész- vagy teljes munkaidős foglalkozásuk szerint, nemenként [ezer fő] 2023).

⁵⁰ (Magyarország Kormánya 2019), S. 24-30.

⁵¹ Das Jahr 2012 als Basisjahr gewählt, da die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen der ungarischen Regierung in diesem Jahr zum ersten Mal ausreichend umgesetzt wurden. Zudem sind die Besonderheiten der Finanzkrise hier nicht mehr ausschlaggebend gewesen. 2022 wurde als Endjahr der neuesten verfügbaren Daten ausgewählt.

⁵² (Eurostat, Unemployment by sex and age – annual data (UNE_RT_A) 2023).

⁵³ (Eurostat, Employment and activity by sex and age - quarterly data (LFSI_EMP_Q) 2023).

⁵⁴ (Eurostat, Labour cost levels by NACE Rev. 2 activity (LC_LCI_LEV) 2023). Hier wurde das Jahr 2012 als Basis genommen.

⁵⁵ Arithmetisches Mittel der Verbesserungen.

Wie ersichtlich, hat Ungarn im Durchschnitt aller drei Indikatoren die EU-27(2020)-Performanz um das 1,56-fache übertroffen.⁵⁶

4.2. Der Vergleich mit den Visegrád-Staaten

Aktuelle Studien legen jedoch eine immer größere Konvergenz der Ökonomien der Visegrád-Staaten nahe, die sich wegen ihrer gemeinsamen wirtschaftsgeschichtlichen Hintergründe besonders zum Vergleich eignen. Ungarns beschäftigungspolitische Ziele sollten sich daher mit den V4-Staaten messen lassen:

⁵⁶ Vergleich der Gesamtperformanzen.

<i>Indikator</i>	Polen 2012	Tschechien 2012	Slowakei 2012	Ungarn 2012	Polen 2022	Tschechien 2022	Slowakei 2022	Ungarn 2022
Arbeitslosenquote⁵⁷	10,4 %	7,0 %	13,9 %	10,7 %	2,9 % (-72 %)	2,2 % (-69%)	6,1 % (-56%)	3,6 % (-66%)
Beschäftigungsquote⁵⁸	62,8 %	71,1 %	67,0 %	63,1 %	76,3 % (+21%)	81,4 % (+14 %)	76,9 % (+15 %)	80,4 % (+27%)
Niveau der Löhne und Gehälter in € pro Stunde⁵⁹	7,9	10,0	8,9	7,4	12,5 (+58%)	16,4 (+64%)	15,6 (+75%)	9,1 (+23%)
Gesamtperformanz⁶⁰					+50%	+49%	+49%	+39%

Wie aus den Daten ersichtlich, hat Ungarn bezüglich der Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten Performanzen wie die Vergleichsgruppe erzielt, blieb jedoch deutlich hinter der Lohnentwicklung der anderen Staaten zurück.

5. Bilanz

Die Herausforderungen einer postkommunistischen Umgebung machten die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zunächst zu nachgelagerten Prioritäten gegenüber der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Erst Stück für Stück begann sich eine eigenständige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik herauszubilden. Jedoch wurden viele Fortschritte in der Periode 2002 bis 2006 zunichte gemacht, als eine aktivierende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zugunsten von expansiver Fiskalpolitik und Sozialpolitik aus populistischen Wiederwahlüberlegungen zurückgestellt wurde. Ungarn wurde dadurch vom europäischen Musterschüler zum echten Problemfall. Orbáns Wahlerfolg 2010 wäre vielleicht geringer ausgefallen, wenn die Probleme am Arbeitsmarkt nicht so spürbar für die Wähler gewesen wären.

Nach 2010 griff Orbán viele Ideen aus der europäischen Diskussion um eine aktivierende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf (*workfare*) und implementierte diese in einer bisher unbekanntem Intensität, welche durch den Wahlerfolg und die politische Dominanz in den Institutionen möglich wurde. Jedoch erholte sich europaweit der Arbeitsmarkt, sodass sich

⁵⁷ (Eurostat, Unemployment by sex and age – annual data (UNE_RT_A) 2023).

⁵⁸ (Eurostat, Employment and activity by sex and age - quarterly data (LFSI_EMP_Q) 2023).

⁵⁹ (Eurostat, Labour cost levels by NACE Rev. 2 activity (LC_LCI_LEV) 2023). Hier wurde das Jahr 2012 als Basis genommen.

⁶⁰ Der prozentualen Verbesserungen der jeweiligen Länder wurden arithmetisch gewichtet.

die politische Diskussion im Westen wieder hin zu einer sozialpolitisch von Teilhabe- und Fürsorgeprinzipien geleiteten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik entwickelte. Da ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt Orbán und die ungarische Regierungskoalition vehement für eine aktivierende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik eintraten, verschärfte das die ideologischen Differenzen zwischen den Lagern. Dabei bleibt festzustellen: Auch wenn Ungarn die Peergroup der V4 nicht übertraf, gehört der ungarische Arbeitsmarkt europaweit zu den wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten.

Abkürzungsverzeichnis

EVP	Europäische Volkspartei
Fidesz	Fiatal Demokraták Szövetsége [Bund Junger Demokraten]
FKgP	Független Kisgazdapárt [Unabhängige Kleinlandwirte-, Landarbeiter- und Bürger-Partei]
ILO	International Labour Organization
IWF	Internationaler Währungsfonds
KDNP	Kereszténydemokrata Néppárt [Christdemokratische Volkspartei]
KSH	Központi Statisztikai Hivatal [Zentrales Statistikamt]
MDF	Magyar Demokrata Fórum [Ungarisches Demokratisches Forum]
MMT	Magyar Munka Terv [Ungarisches Arbeitsprogramm]
MSZP	Magyar Szocialista Párt [Ungarische Sozialistische Partei]
SZDSZ	Szabad Demokraták Szövetsége [Bund Freier Demokraten]

Literaturverzeichnis

- Adam, Jan. „The transition to a market economy in Hungary, *Europe-Asia Studies*, 47: 989.“ *Europe-Asia Studies* 47.6 (1995): S. 989-1006.
- Artner, Annamária. „Workfare Society in Action - The Hungarian Labour Market and Social Conditions in European Comparison.“ *Romanian Journal of European Affairs* 20.1 (2020): S. 109-128.
- Atzmüller, Roland. „Transformation der „zeitgemäßen Arbeitskraft“ und Krisenbearbeitung.“ In *Die zeitgemäße Arbeitskraft. Qualifiziert, aktiviert, polarisiert*, von Roland Atzmüller, Stefanie Hürtgen und Manfred Krenn, S. 196-306. Weinheim: Beltz Juventa, 2015.
- Barnes, Ian, und Claire Randerson. „EU expansion and the political economy of former communist states' accession: The case of Hungary's 'convergence'.“ *Capital & Class* 31.3 (2007): S. 179–197.
- Bauer, Bence. „Das ungarische Wahlsystem.“ *magyarnemetintezet*. 2022. <https://magyarnemetintezet.hu/documents/doc/Wahlsystem.pdf>.
- Beach, Derek, und Rasmus Brun Pedersen. *Process-Tracing Methods. Foundations and Guidelines*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2013.
- Bod, Péter Ákos. „Crisis after Crisis - Any Lessons Learnt?“ *Hungarian Review* IV.2 (2013): S. 18-28.
- Butterwegge, Christoph. „Grundlagen und Organisationsstrukturen des Sozialstaates.“ In *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, von Christoph Butterwegge, S. 11-36. Wiesbaden: Springer VS, 2018.
- Eatwell, Roger, und Matthew J. Goodwin. *National Populism: The Revolt Against Liberal Democracy*. London: Pelican, 2018.
- Eurostat. „Employment and activity by sex and age - quarterly data (LFSI_EMP_Q).“ 14. September 2023. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/product/page/LFSI_EMP_Q.
- . „Labour cost levels by NACE Rev. 2 activity (LC_LCI_LEV).“ 30. März 2023. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LC_LCI_LEV/default/table?lang=en.
- . „Labour market slack by sex and age - quarterly data.“ 14. September 2023. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSI_SLA_Q/default/table?lang=en&category=labour.employ.lfsi.une.
- . „Unemployment by sex and age – annual data (UNE_RT_A).“ 20. Juni 2023. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/UNE_RT_A/default/table?lang=en.
- Fidesz. „Nem jóléti állam, hanem munka alapú társadalom épül.“ *archiv.fidesz*. 19. Oktober 2012. <http://archiv.fidesz.hu/index.php?Cikk=185467>.
- Goldstein, Lyle, und Blake Loveless. „Unrest in Eastern Europe: Labor Impatience Undermines New Democracies.“ *Harvard International Review* 14.3 (1992): S. 46-48.

- Gronbach, Sigrid. „Soziale Gerechtigkeitsbilder in der Arbeitsmarktpolitik - von der Verteilung zur Teilhabe.“ In *Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft*, von Silke Bothfeld, Werner Sesselmeier und Claudia Bogedan, S. 43-56. Wiesbaden: Springer VS, 2012.
- Group, PRS. „Hungary Country Forecast.“ In *Political Risk Yearbook.Hungary Country Report*, S. 2-35. 2009.
- Györffy, Dóra. „The middle-income trap in Central and Eastern Europe in the 2010s: institutions and divergent growth models.“ *Comparative European Politics* 20 (2022): S. 90-113.
- György, László. „Das Ziel ist die Schaffung einer wissensbasierten Gesellschaft.“ *civilek.info, Magyar Hírlap [ung. Version]*. 7. September 2022. <https://civilek.info/de/2022/09/07/gyorgy-laszlo-cel-die-schaffung-einer-bewusstseinsbasierten-gesellschaft/>.
- Häusermann, Silja. „Sozialpolitik.“ In *Handbuch Policy-Forschung*, von Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer, S. 587-608. Wiesbaden: Springer VS, 2023.
- Heinze, Rolf G., und Jürgen Schupp. „Konjunkturen der Sozialstaatskrise: Die Risse werden tiefer.“ In *Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation*, von Rolf G. Heinze und Jürgen Schupp, S. 61–121. Wiesbaden: Springer VS, 2022.
- Hungler, Sára, und Ágnes Kende. „Nők a család- és foglalkoztatáspolitikai keresztútján.“ *Pro Futuro* 2 (2019): S. 100-117.
- Ilonszki, Gabriella, und Sándor Kurtán. „Hungary.“ *European Journal of Political Research* 42 (2003): S. 967-974.
- International Labour Organization. „Unemployment, total (% of total labor force) (modeled ILO estimate) in Hungary.“ *World Development Indicators - World Bank*. 26. Mai 2022. <https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=SL.UEM.TOTL.ZS&country>.
- Korkut, Umut. „More Reform, Less Action: Dilemmas of Economic Europeanization in Hungary.“ *Problems of Post-Communism* 1 (2010): S. 17-27.
- KSH. „20.1.1.11. Foglalkoztatottak száma rész- vagy teljes munkaidős foglalkozásuk szerint, nemenként [ezer fő].“ 2023. https://www.ksh.hu/stadat_files/mun/hu/mun0012.html.
- . „21.1.1.35. Real income – real wage index.“ 2023. https://www.ksh.hu/stadat_files/gdp/en/gdp0035.html.
- . „5.1.16. Aktivitási arány korcsoportok szerint, nemenként (1992–).“ 2023. https://www.ksh.hu/docs/hun/xstadat/xstadat_hosszu/h_qlf016a.html.
- Lakner, Zoltán, und Katalin Tausz. „From a Welfare to a Workfare State: Hungary.“ In *Challenges to European Welfare Systems*, von Klaus Schubert, Paloma de Villota und Johanna Kuhlmann, S. 325-350. Cham: Springer, 2016.

- László, Gyula. *A magyar foglalkoztatáspolitikai 30 éve: 1990-2020 - Dokumentumok, politikák és stratégiák, adatsorok*. Pécs: Pécsi Tudományegyetem, 2022.
- Leško, Peter, Eva Muchová, und Radka Repiská. „Dual-Model Approach to Measuring Convergence Sustainability in the Visegrad Group.“ *Politická ekonomie* 70.5 (2022): S. 597-616.
- Lorenz, Astrid, und Ellen Bos. „Das politische System Ungarns zwischen Parteienwettbewerb und strukturellen Zwängen: Innenpolitische Polarisierung trotz konstanter Verhaltensmuster und Konsens in den Grundlinien der Außen- und Wirtschaftspolitik.“ In *Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU*, von Lorenz Astrid und Ellen Bos, S. 1-23. Wiesbaden: Springer VS, 2021.
- Magyarország Kormánya. „Magyarország konvergencia programja 2019-2023.“ *uzletem.hu*. April 2019. <https://uzletem.hu/file/news/63162/file/kp-2019-hu.pdf>.
- Micklewright, John, und Gyula Nagy. „Labour market policy and the unemployed in Hungary.“ *European Economic Review* 40.3-5 (1996): S. 819-828.
- Mohr, Katrin. *Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland*. Wiesbaden: Springer, 2007.
- Mohr, Katrin. „Von „Welfare to Workfare“? Der radikale Wandel der deutschen Arbeitsmarktpolitik.“ In *Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III*, von Silke Bothfeld, Werner Sesselmeier und Claudia Bogedan, S. 57-69. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2012.
- Moses, Jonathon Wayne. *Eurobondage : the political costs of European monetary union*. Colchester: ECPR Press, 2017.
- Mussel, Gerhard, und Jürgen Pätzold. *Grundfragen der Wirtschaftspolitik*. München: Verlag Franz Vahlen, 2014.
- Neumann, László, und Balázs Váradi. „Bér- és adópolitika.“ In *Nyugdíj, segély, közmunka. A magyar foglalkoztatáspolitikai két évtizede, 1990-2010*, von Károly Fazekas und Ágota Scharle, S. 32-46. Budapest: Országos Foglalkoztatási Közalapítvány, 2012.
- Orbán, Viktor. „Speech by Viktor Orbán at the 21st EPP Congress (17-18 October 2012 / Bucharest, Romania).“ *Archiv des Fidesz*. 18. Oktober 2012. <http://archiv.fidesz.hu/index.php?Cikk=185485> (Zugriff am 12. Mai 2023).
- Reichenberger, Dániel. „Zöld az út a vendégmélósok tömegei előtt: bedurvult a munkaerőhiány Magyarországon.“ *Pénzcentrum*. 8. Mai 2023. <https://www.penzcentrum.hu/karrier/20230508/zold-az-ut-a-vendegmelosok-tomegei-elott-bedurvult-a-munkaerohiany-magyarorszagon-1136679> (Zugriff am 9. Mai 2023).
- „Rekordszinten a munkanélküliség.“ *Index*. 29. März 2010. https://index.hu/gazdasag/magyar/2010/03/29/rekordszinten_a_munkanelkuliseg/.
- Schmidt, Manfred G. „Sozialpolitik.“ In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, von Uwe Andersen, Stefan Marschall, Wichard Woyke und Jorg Bogumil, S. 525-527. Wiesbaden: Springer, 2021.

- SPIEGEL.DE. „In den letzten Jahren haben wir nur gelogen.“ 19. September 2006. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tonbandprotokoll-in-den-letzten-jahren-haben-wir-nur-gelogen-a-437976.html> (Zugriff am 15. Mai 2023).
- Spohr, Florian. „Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.“ In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, von Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall und Wichard Woyke, S. 15-21. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2021.
- Starke, Peter. „Process Tracing in der Policy-Forschung.“ In *Handbuch Policy-Forschung*, von Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer, S. 421-446. Wiesbaden: Springer, 2023.
- „Széll Kálmán Terv Magyar Munka Terv.“ 2010-2014.kormany. 19. Mai 2011. https://2010-2014.kormany.hu/download/e/a7/40000/Magyar_Munka_Terv.pdf.
- Ungarische Nationalversammlung (Országgyűlés). „Európai romapolitika.“ *Infojegyzet 2* (Februar 2023): S. 1-4.
- Váradi, Balázs. „A munkaügy helye és súlya a kormányzat intézményrendszerében.“ In *Nyugdíj, segély, közmunka. A magyar foglalkoztatáspolitikai két évtizede, 1990-2010*, von Károly Fazekas und Ágota Scharle, S. 20-31. Budapest: Országos Foglalkoztatási Közalapítvány, 2012.
- Váradi, Balázs. „Döntéshozatali mechanizmusok az országos szintű szakpolitikában.“ In *Nyugdíj, segély, közmunka. A magyar foglalkoztatáspolitikai két évtizede, 1990-2010*, von Károly Fazekas und Ágota Scharle, S. 77-90. Budapest: Országos Foglalkoztatási Közalapítvány, 2012.
- Zinke, Guido. „Lohnentwicklung in Deutschland und Europa.“ *Bundeszentrale für Politische Bildung*. 1. Oktober 2020. <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/322503/lohnentwicklung-in-deutschland-und-europa/#:~:text=Reallohnindex%2C%20Normallohnindex%20und%20Verbraucherpreisindex%20in%20Deutschland&text=Die%20Reallöhne%20sind%20in%20Deutschland,auf%2060%2C7%20> (Zugriff am 19. April 2023).
- Zohlnhöfer, Reimut. „Politische Steuerung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung.“ In *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, von Manfred G. Schmidt, S. 353-371. Wiesbaden: Springer, 2007.



DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Impressum

Von: Richard Schenk, Junior Visiting Fellow

Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer LL.M.

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu